VEREINBARUNG

zwischen

dem Landkreis Böblingen

vertreten durch den Landrat, Herrn Roland Bernhard

- nachfolgend „Landkreis“ -

und

der Gemeinde Aidlingen

vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Ekkehard Fauth

- nachfolgend „Gemeinde“ -

über die Baumaßnahme „Sanierung der Ortsdurchfahrt Aidlingen im Zuge der K 1066,
dritter Bauabschnitt“

von Netzknoten 7319024 nach Netzknoten 7319042 Stat. + 2,190 km

von Netzknoten 7319042 nach Netzknoten 7319043 Stat. + 0,370 km

mit einer Baulänge von rund 500 Metern

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die K 1066 im OD-Bereich der Gemeinde Aidlingen ist entsprechend der ZEB sanierungsbedürftig. Die Gesamtsanierung und insbesondere der zeitliche Ablauf der Sanierung der OD im Zuge der K 1066 erfolgte in enger Abstimmung mit der Gemeinde und wurde in Abschnitte West, Mitte und Ost unterteilt. Der erste und mittlere Bauabschnitt wurden in den Jahren 2016 und 2017 saniert.
- (2) Der Teil des östlichen Abschnittes, welcher die Leitungsarbeiten der Gemeinde nicht tangiert wurde schon im Jahr 2018 saniert. Hierbei wurden die zwei Brücken über die Aid und die Würm mitsaniert. In diesem Zuge wurde die Radwegführung am östlichen Ortseingang über die Wurmbrücke sicher hergestellt sowie eine sichere Überführung mittels Querungsinsel und somit ein Lückenschluss über die Kreisstraße hergestellt (siehe Anlage Übersichtskarte).
- (3) Die Gemeinde plant im Jahr 2019 im verbleibenden, unsanierten östlichen Ortsbereich weitere umfangreiche Kanalarbeiten auf der K 1066 (siehe Anlage Maßnahme Gemeinde). Im Zuge der geplanten Arbeiten der Gemeinde wird der Landkreis das gesamte Asphaltpaket mitsanieren (siehe Anlage Übersichtskarte).
- (4) Um die Bauzeit und die einhergehenden negativen Auswirkungen auf die Verkehrsteilnehmer zu minimieren, haben sich beide Vorhabensträger dahingehend abgestimmt, dass eine gemeinsame Ausschreibung veröffentlicht wird mit dem Ziel einen einzigen Auftragnehmer für alle Arbeiten zu erhalten. Hierbei ergeben sich für alle vorteilhafte Synergieeffekte.
- (5) Grundlage der Vereinbarung ist das Straßengesetz (StrG) sowie die sonstigen für den Bau von Straßen geltenden Vorschriften, technischen Bestimmungen, Richtlinien und Merkblätter in der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gültigen Fassung. Zusätzlich gelten für Aufgrabungen von Gräben für verschiedene Leitungsträger an Kreisstraßen spezielle Grundsätze (siehe Anlage Aufgrabungen Grundsätze) welche im Zuge dieser Vereinbarung als verpflichtend zu beachten sind.

§ 2 Ausschreibung und Durchführung der Baumaßnahme

- (1) Jeder Vorhabensträger erstellt seine Ausschreibungsunterlagen selbst. Die Gemeinde fasst alle Ausschreibungsunterlagen in eine Ausschreibung zusammen. Die Veröffentlichung sowie im Anschluss die Prüfung und Wertung wie auch die Vergabe wird ebenfalls durch die Gemeinde durchgeführt.
- (2) Die Ausschreibungsunterlagen sind gem. Anlage LV aufgeteilt.
- (3) Die Bauausführung, die Bauüberwachung sowie alle sonstigen mit der Baumaßnahme zusammenhängenden Verwaltungstätigkeiten führt jeder Vorhabensträger selbstständig für die Bauleistung im jeweiligen Los durch.
- (4) Jeder Vorhabensträger nimmt seine Leistungen getrennt ab. Des Weiteren überwacht jeder die Gewährleistungsfristen separat und macht getrennt Gewährleistungsansprüche geltend.
- (5) Es wird festgestellt, dass für die Straßenfläche kein Grunderwerb erforderlich ist.

§ 3 Kostentragung

- (1) Der Landkreis trägt im zu sanierenden Bereich (siehe Anlage Übersichtskarte) die Kosten (siehe Anlage Inhaltsverzeichnis LV, Los 3, Abschnitt 03.01) für die Sanierung des Asphaltpaketes der Fahrbahn. Hierzu gehören der Abtrag und die Entsorgung des gesamten Asphaltpaketes. Die Neuherstellung des gesamten Asphaltaufbaus (Deck- Binder- und Tragschicht) sind weitere Bestandteile.
- (2) Die Gemeinde trägt die Kosten (siehe Anlage Inhaltsverzeichnis LV, Los 2) Ihrer Kanalarbeiten und die dazugehörigen Aufgrabungen selber. Die Kosten der Wiederverfüllung der Aufgrabungen werden auch von der Gemeinde bis zur Unterkante des neu zu verlegenden Asphaltpaketes selber getragen (inkl. die Kosten für Abtrag und Entsorgung des

vorhandenen Unterbaus und die Neuherstellung der Frostschutz- und Schottertragschicht, usw.).

- (3) Aufgrund der Sanierung des gesamten Asphaltpaketes der Kreisstraße ist davon auszugehen, dass die bestehenden Bordsteine herunterfallen. Hierdurch wird eine Wiederherstellung des Gehweges (nicht auf voller Breite) im Sinne des Verursacherprinzips durch den Landkreis erforderlich. Die Gemeinde würde sich hierbei beteiligen, sodass die Gesamtbreite des Gehweges ohne Naht wiederhergestellt ist. In diesen Fällen ist eine pragmatische, hälftige Tragung der Kosten zur Gehwegherstellung hiermit vereinbart.

Nach Wunsch der Gemeinde werden in Teilbereichen die bestehenden Hochborde auf Rundborde geändert. In diesen Fällen übernimmt nach dem Verursacherprinzip die Gemeinde die gesamte Kostentragung der Wiederherstellung des Gehwegs.

Um die Abrechnung zu erleichtern wurde anhand den Beschreibungen in diesem Absatz ein Schlüssel für die Abrechnung der Gesamtkosten der Gehweg-Wiederherstellung ermittelt und festgelegt (siehe Anlage Verrechnungsschlüssel). Hierfür wurden die Flächen entsprechend dem beschriebenen Verursacherprinzip ins Verhältnis gesetzt.

Es ergibt sich hieraus, dass der Landkreis 40 % und die Gemeinde 60 % der Kosten (siehe Anlage Inhaltsverzeichnis LV, Los 3, Abschnitt 03.02) trägt.

- (4) Gemäß vorherigem Absatz fallen die Bordsteine aufgrund der Sanierung des gesamten Asphaltpaketes herunter. Im Sinne des Verursacherprinzips trägt der Landkreis generell die Kosten für die Herstellung des Bordsteines. In Bereichen in denen der Bordstein aufgrund der Leitungsarbeiten der Gemeinde in Mitleidenschaft gezogen wird sowie im Bereich der Lageänderung des Gehweges im Zuge der Querungshilfeerstellung (gegenüber der Bushaltestelle Furtmühle I) übernimmt die Gemeinde die Kosten für die Bordstein-Wiederherstellung.

§ 4 Oberflächenentwässerungsanlagen

- (1) Aufgrund einer älteren Vereinbarung werden die Kosten für die Anpassung der Straßenabläufe durch den Landkreis getragen.

- (2) Eine Kostenbeteiligung des Landkreises der im Zuge dieser Maßnahme von der Gemeinde durchgeführten Arbeiten an der Kanalisation gemäß der Ortsdurchfahrtsrichtlinie – ODR Nr. 14 ist nicht Bestandteil dieser Vereinbarung und wird zwischen Landkreis und Gemeinde separat vereinbart.

§ 5 Änderung von Versorgungsleitungen & Entsorgungsleitungen

- (1) Die Benutzung von Straßengrundstücken im Eigentum des Landkreises für gemeindliche Leitungen ist durch einen Straßenbenutzungsvertrag gesondert zu regeln.

§ 6 Grunderwerb

- (1) Es wird festgestellt, dass für die Straßenfläche kein Grunderwerb erforderlich ist.
- (2) Vorhandene Verkehrsflächen gehen gemäß § 6 Abs. 1 FStrG bzw. § 10 (1) StrG entschädigungslos auf den jeweiligen Baulastträger über.
- (3) Soweit eine Schlussvermessung erforderlich ist bzw. Grenzpunkte neu hergestellt werden müssen, gehen diese zu Lasten der Gemeinde.
- (4) Die grundbuchamtlichen Vollzugskosten trägt gleichfalls die Gemeinde.

§ 7 Baustelleneinrichtung & Verkehrssicherung

- (1) Die Baustelleneinrichtung wird losweise ausgeschrieben um eine bessere Zuordnung zum Kostenträger herzustellen.

- (2) Die Baustelleneinrichtung für die Kanalarbeiten ist in Los 2 (siehe Anlage LV) ausgeschrieben und wird von der Gemeinde getragen.
- (3) Die Baustelleneinrichtung für die Sanierung des Asphaltpaketes ist in Los 3, Abschnitt 03.01 ausgeschrieben und wird vom Landkreis getragen.
- (4) Die Baustelleneinrichtung für die Wiederherstellung der Gehwege ist im Los 3, Abschnitt 03.02 ausgeschrieben und wird gem. Verteilungsschlüssel im § 3 (3) dieser Vereinbarung vom Landkreis (40 %) und der Gemeinde (60 %) getragen.
- (5) Die Verkehrssicherung und Umleitung gem. Anlage LV Los 1 wird im Verhältnis der anteiligen Baukosten zwischen dem Landkreis und der Gemeinde geteilt.

§ 8 Verkehrszeichen, Markierung & Verkehrseinrichtungen

- (1) Die Markierung welche in Los 03, Abschnitt 03.03 ausgeschrieben ist, wird vom Landkreis getragen.
- (2) Markierungen für Parkbuchten oder sonstige Einrichtungen, deren Kosten die Gemeinde trägt, gehen zu Lasten der Gemeinde.
- (3) Soweit Kosten aufgrund der Gehweg-Wiederherstellung für Verkehrszeichen entstehen, sind diese gem. Verteilungsschlüssel im § 3 (3) dieser Vereinbarung vom Landkreis (40 %) und der Gemeinde (60 %) zu tragen.

§ 9 Zufahrten & Zugänge

Sind Anpassungen an Hofeinfahrten erforderlich sind diese vom jeweiligen Verursacher zu tragen. Soweit in Bereichen, in denen die Bordsteine gegenüber dem Bestand höhenmäßig

unverändert bleiben, Anpassungsarbeiten an Hofeinfahrten erforderlich werden, kann dies nur durch die Gradientenanpassung der Kreisstraße hervorgerufen werden. Somit trägt in solchen Fällen der Landkreis die Kosten.

Werden, (gem. § 3 Absatz 3 dieser Vereinbarung auf Wunsch der Gemeinde) in Bereichen in denen der Hochbord durch ein Rundbord ersetzt wird, Anpassungsarbeiten erforderlich, trägt die Gemeinde die Kosten (siehe Anlage).

§ 10 Baunebenkosten

Die Kosten für die Leistungen gemäß § 2 dieser Vereinbarung, welche die Gemeinde für den Landkreis erbringt, werden in gleichen Teilen aufgeteilt.

§ 11 Abrechnung & Zahlungspflicht

- (1) Hierbei ergeben sich vorläufige Kosten des Landkreises i. H .v. 1.000.000 Euro (brutto) Der endgültige Kostenanteil des Landkreises ergibt sich aus den tatsächlich angefallenen Baukosten nach Schlussrechnung.
- (2) Infolge des Baufortschrittes werden Abschlagszahlungen seitens des Auftragnehmers an die Gemeinde, den Landkreis und dem Leitungsträger getrennt gestellt.
- (3) Jeder Vorhabensträger nimmt die ihm betreffenden Leistungen selbst ab. Die Schlusszahlung wird für jeden Vorhabensträger getrennt aufgestellt und mit der Abnahme der Baumaßnahme und Vorlage der geprüften Schlussrechnung fällig.
- (4) Die Leistung der Verkehrssicherung wird in einem ersten Schritt von der Gemeinde bezahlt. Nach Vorliegen der endgültigen anteiligen Baukosten, nach Schlussrechnung aller Arbeiten der Vorhabensträger, kann die Gemeinde die Kostenanteile für die Verkehrssicherung gemäß § 7 (2) dieser Vereinbarung vom Landkreis anfordern.

§ 12 Baulast nach Fertigstellung

Die Straßenbaulast an den fertiggestellten Straßenteilen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die bituminöse Straßenfläche bleibt in der Baulast des Landkreises.

§ 13 Schriftform & Zahl der Ausfertigungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Auch die Änderung dieser Schriftformklausel bedarf der Schriftform. Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht. Die Beteiligten verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.
- (2) Die Vereinbarung wird vierfach gefertigt. Jeweils zwei Fertigungen erhalten der Landkreis und die Gemeinde.

Böblingen, den

Aidlingen, den

.....

Landrat Roland Bernhard

Landkreis Böblingen

.....

Bürgermeister Ekkehard Fauth

Gemeinde Aidlingen

Anlagen